

doch ohne äußere Gewalt das erreichte, was man mit Recht verlangte. Wenn Sie die Geschichte der Revolutionen alter und neuer Zeit durchgehen, so werden Sie diese Wahrheit bestätigt finden. Ich ziehe daraus den Schluß, daß man jedenfalls, wenn man auch nicht für alle Zeit den Schlund der Revolution schließen kann, doch alle Wege benutzen muß, welche es möglich machen, die Revolution zu verhindern, oder, wenn sie doch kommen mußte, ihr wenigstens den leichtesten und sichersten Ausgang im Voraus zu verbürgen.

Ich versage mir, auf die einzelnen Einwürfe zurückzukommen, die in Bezug auf den Inhalt des Verfassungsentwurfs vom 26. Mai und des damit verbundenen Wahlgesetzes erhoben worden sind. Es sind diese Einwürfe gestern und heute von zwei Männern schlagend widerlegt worden, welche vielleicht nach dieser Seite hin (zur Linken gewendet) mehr Glauben und Vertrauen finden, als ich es nach meiner Stellung vermöchte — von den beiden geehrten Abgeordneten mir gegenüber. Es hat namentlich der Abg. Braun mit großem Rechte darauf hingewiesen, daß nur in einem großen Staate eine dauernde und erfolgreiche Entwicklung der Freiheit möglich sei. Ja, meine Herren, auch die Freiheit verlangt gewisse Dimensionen; in zu kleinen Maaßstäben verkümmert sie. Auf Eins aber glaube ich Sie doch noch aufmerksam machen zu dürfen. Meine Herren, es ist ein bekanntes und bewährtes Sprüchwort auch in der Politik: Man soll von seinen Feinden lernen. Ich glaube, soweit stehen wir uns nahe, daß wir einen gemeinsamen Feind haben, nämlich jene, welche unter der heuchelnden Maske des Constitutionalismus und Conservatismus nur die baare, blanke Reaction, die Herstellung der absoluten Monarchie wollen. Wir haben eine solche, glücklicher Weise nicht allzustarke Partei in unserm Lande, eine größere im Nachbarlande. Nun, meine Herren, das Entsetzen dieser Partei vor dem Zustandekommen des Bundesstaates, der Geiser, womit sie Alles, was dazu führt, besleckt, kann Ihnen wenigstens so viel beweisen, daß die Verfassung vom 26. Mai doch nicht allzu schlecht in unserm Sinne sein könne; denn das muß man dieser Partei lassen, einen feinen Instinct, in Bezug auf Alles, was ihr gefährlich ist, hat sie immer gehabt. Lesen Sie nur die Neue preussische Zeitung, welche das Organ des Herrn v. Gerlach und seiner Partei in Preußen ist, und die Freimüthige Sachsenzeitung, welche in unserm Lande dieselbe Richtung verfolgt! Lesen Sie in der letztern, daß die Berliner Verfassung der demokratischen Entwicklung viel zu viel Spielraum gewähre, und Sie werden, glaube ich, diese Verfassung doch mit etwas günstigeren Augen ansehen. Doch, meine Herren, ich wollte und will auf diese Einzelheiten nicht zurückkommen, und so richte ich nur zum Schlusse noch einige Worte an Sie, in Bezug auf das Allgemeine der Sache selbst. Ich wende mich zunächst an denjenigen Theil dieser Kammer, der mir dem politischen Standpunkte nach näher steht, an die sogenannte conservativ-liberale Partei. Ich habe schon gesagt, daß ich unter den Conservativen nicht diejenigen begreife, welche sich zum Theil in unsere Reihen drän-

gen und als unsere Bundesgenossen darzustellen suchen, um unserer Sache noch mehr zu schaden, nicht jene, welche im Jahre 1848, als der Sturm der Volkserhebung daher brauste, sich hinter uns verkrochen und Schutz suchten vor der Revolution, die uns respectirte, weil wir schon früher in den Reihen der Männer der Bewegung gekämpft hatten. Nicht jene, welche damals sich auf die breiteste demokratische Grundlage stellten, obwohl sie wahrscheinlich auch damals schon davon nichts wußten und nichts wissen wollten, welche noch im vorigen Jahre für den Bundesstaat mit parlamentarischer Regierung zu sein versicherten, und die heute vielleicht ebenso, wie der Abg. v. Friesen, diesen Bundesstaat für eine müßige Erfindung ausgegeben. Nein, ich meine, die wahrhaft Constitutionellen, die sogenannten Conservativ-Liberalen oder — ich möchte lieber diesen Ausdruck gebrauchen — die alte liberale Partei, die schon vor dem Jahre 1848 in der Presse und in den Kammern auf der Bresche gestanden, und die, wenn sie auch im Vergleich zu denen, die weiter gegangen sind, etwas mehr rechts steht, wie man zu sagen pflegt, dennoch den Typus des alten Liberalismus auch jetzt nicht verleugnet: Diese Partei möchte ich bitten, daß sie in dieser Sache das liberale Element nicht von dem conservativen trennen, daß sie nicht ihre conservative Tendenz so weit ausdehnen möge, um ein augenblickliches Regierungssystem um jeden Preis zu stützen und zu schonen, sondern bedenken, daß die Principien der monarchisch-constitutionellen Ordnung höher stehen als ein einzelnes vorübergehendes System. Meine Herren, erwägen Sie wohl, wohin es mit der monarchisch-constitutionellen Verfassung kommen soll, wohin es kommen soll mit der Monarchie und mit den Monarchen, wenn das Vertrauen des Volkes mit dem guten Willen der Regierungen immer und immer wieder getäuscht wird! Dieses Vertrauen kann nur wieder hergestellt werden, wenn man das, was man uns auf einem andern Wege nicht hat erreichen lassen, wenn auch in einer unsern Wünschen nicht ganz entsprechenden Weise, aber wenigstens doch der Hauptsache nach wieder darbietet. Wenn man uns aber auch noch vollends das Wesen dessen nimmt, woran die Nation seit dem Jahre 1848 fest hält, wenn man uns um alle nationale Hoffnungen betrügen will, wenn man uns auf das Alte, vielleicht in nur gleißender Form, zurückführen will, dann allerdings wird das Vertrauen des Volkes wankend werden, dann wird leider die Behauptung derer wahr, welche schon im Jahre 1848 der Meinung Geltung zu verschaffen suchten, daß mit dem Fortbestand der Dynastie keine feste Ordnung für Deutschland möglich sei. Meine Herren, wir, die man die Conservativ-Liberalen nennt, wir haben damals in Frankfurt, dieser Behauptung und diesen Anmuthungen gegenüber, die Dynastien und die Monarchie aufrecht erhalten. Wir haben es gethan, weil wir glaubten, daß die Sicherheit Deutschlands dies erheischte, wir haben es gethan im Vertrauen darauf, daß man von Seiten der Regierungen wenigstens die Nothwendigkeit begreifen werde, uns auf diesem Wege zu unterstützen; wenn aber diese Nothwendigkeit von den Regierungen